



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/90 - 18.4.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Europa nicht näher gerückt	S. 1
Aneurin Bevan's politische Konzeption	S. 3
Jugendnot und Gemeinden	S. 5
Ein "christlicher" Wahlblock?	S. 7

"Times" zum Garantieverprechen

(sp) Eine sozialdemokratische Äusserung zur britischen Bereitschaft, mit den Mitgliedstaaten der Europa-Armee zweiseitige Beistandsabkommen abzuschliessen, ist auf mancherlei Kritik gestossen. Der Sinn der Äusserung war, vor einer Überschätzung dieses Schrittes zu warnen. Hinzugefügt wurde die Vermutung, in London sei ein amerikanischer Druck, wohl auf französische Initiative, ausgeübt worden. Dies hat besonderes Missfallen, wie wir hören, auch in britischen Kreisen in Bonn hervorgerufen.

Am gleichen Tage hat nun, ohne dass dies bei der SPD bekannt war, die "Times" einen Artikel zum gleichen Thema veröffentlicht, der eine verblüffende Übereinstimmung mit den in der sozialdemokratischen Darstellung gegebenen Auffassung darstellt. Die britische Bereitschaftserklärung wird darin als "eine ungewöhnliche Antwort auf ein aussergewöhnliches Ersuchen" genannt. Daran wird die Bemerkung geknüpft, Frankreich habe zwei grosse Befürchtungen, einmal, dass Westdeutschland durch sein Eigengewicht eine beherrschende Stellung in einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft bekommen, zum anderen, dass eine deutsche Nationalarmee wieder^{er}stehen könnte. Die französische Nationalversammlung habe dann auch Garantien von der britischen und amerikanischen

Regierung für den Fall verlangt, dass ein Mitgliedstaat den Vertrag über die EVG brechen oder verletzen würde. "Die britische Erklärung ist die Antwort auf dieses Ersuchen", heisst es wörtlich. Das Blatt fährt fort: "Sie bringt keine so grosse Veränderung mit sich, als man denken könnte".

Es wird dann an den Vertrag von Dinkirchen, den Pakt von Brüssel und die Erklärung der Westalliierten in New York vom September 1950 erinnert und gesagt, damit unternehme England nichts Neues, ausgenommen, dass es bisher eine einseitige Verpflichtung gegenüber Deutschland in eine wechselseitige verwandele (Die Änderung besteht also praktisch in einer notwendig werdenden zusätzlichen deutschen Verpflichtung. d.Red.)

Die "Times" fährt fort: Jenes Garantieverlangen der französischen Nationalversammlung sollte in der Form gegeben werden, dass genügend amerikanische und britische Truppen, solange es notwendig erscheine, auf dem europäischen Kontinent bleiben müssten. "Dies ist" - meint die "Times" - "ein weit realistischerer Gesichtspunkt, als die Suche nach noch mehr papierernen Garantien - sei es gegen Deutschland, sei es gegen die Sowjetunion - die nur die Illusion einer Sicherheit schaffen können. Weder das französische noch irgendein anderes Volk könne es sich leisten, zu vergessen, dass Verträge kein Ersatz für Divisionen sind". Abschliessend heisst es, England habe nichts versprochen, was es nicht schon zugestanden hätte.

Nichts anderes hat in der sozialdemokratischen Verlautbarung gestanden - die sonst so zurückhaltende "Times" ist nur etwas deutlicher geworden. Weshalb also die Aufregung? Wegen der Vermutung, die Amerikaner hätten in London einen Druck ausgeübt oder, höflicher gesagt, ein bisschen nachgeholfen? Niemand wird ernsthaft glauben, dass die französische Forderung, die die "Times" zum Ausgangspunkt der britischen Erklärung macht, ohne amerikanische Sekundärintentionen geblieben ist. Jedenfalls ist auch nach dem Urteil dieses massgebendsten Blattes Grossbritanniens keinen Schritt näher an Europa herangerückt.

+ + +

Aneurin Bevan, der Feuerkopf von Wales

Bemerkungen zu seinem Buch: "In Place of Fear"

E.O., London

Der heute 55jährige Aneurin Bevan ist zweifellos die farbigste und bei den Massen volkstümlichste Figur der Labour Party, wozu nicht zum wenigsten der Bifer der Konservativen beigetragen hat, mit dem sie versuchten, seine Meinungsverschiedenheiten mit der Parteileitung zu einer "Rebellion" aufzubauschen.

Im Gegensatz zum Parteiführer Attlee, dem normalen Produkt der klassischen englischen Universitätsbildung, ist der Waliser Bevan, der im Alter von 13 Jahren wie sein Vater und seine Brüder zur Arbeit in die Kohlengrube einfuhr, Autodiktat wie so viele der britischen Arbeiterführer, unter denen jedoch er an Format, an Geistesschärfe und Gedankenklarheit alle um Haupteslänge überragt. Hier drängt sich unwillkürlich der Vergleich mit Winston Churchill auf, der ja auch nicht wurde, was er werden sollte, der zum Berufsoffizier erzogen sich eigenwillig selbst zum Politiker ausbildete und frühzeitig schon die Rivalen seiner eigenen Klasse übertraf.

Bei Bevan wiederum ist es merkwürdig und psychologisch höchst interessant, dass seine Persönlichkeit gerade auf die Intellektuellen in Partei und Fraktion die grösste Anziehungskraft ausübt, wogegen die Massen der Gewerkschafter, die ja das Gros der Partei bilden, ihm irgendwie nie ganz vertrauen mögen. Wo es sich um einen Gegensatz zur Parteileitung handelt, schlagen sie sich geschlossen zu Attlee, "bei dem wir genau wissen, woran wir sind", wie sich bei Bevans Austritt aus der Regierung im April 1951 der Führer einer Millionengewerkschaft ausdrückte. Das soll aber nicht heissen, dass die organisierte Arbeiterschaft etwa "gegen" Bevan wäre. Vielmehr ist sich fast jeder darüber klar, dass "Nye" (Abkürzung von Aneurin - sprich Ann-Bi-Rin) der Labour Partei vieles, ja entscheidendes zu geben hat.

Armut, Eigentum, Demokratie

Bevans soeben veröffentlichtes Buch "In Place of Fear" - "Anstatt Furcht" - ist zum Teil einer dieser Beiträge des autodiktanten Feuerkopfes, der die theoretischen Probleme, denen die sozialistische Arbeiterbewegung gegenübersteht, zu erfassen und neu zu formulieren, der Gegenwart anzupassen sucht. Im Gegensatz zu dem starren Doktrinarismus Moskaus - den Bevan verabscheut nicht nur wegen der mit ihm verbundenen brutalen Tyrannei, sondern auch vor allem aus sozialistischer Erkenntnis heraus - geht er von einer zeitgemässen Analyse der heutigen "Lage der arbeitenden Klassen in England" aus, die sich, was Moskau nicht wahrhaben will und kann, in den letzten Jahren erheblich verändert hat.

Als Grundlagen aller heutigen sozialen Spannungen sieht Bevan das Wechselspiel der drei Kräfte "Armut" (im weitesten Sinne des Wortes), "Eigentum" und "Demokratie" an. "Armut" ist für ihn

"unnötige Entbehrung" zugunsten des "Eigentums", dessen beherrschenden Einfluss auf das Staatswesen "Armut" mithilfe der "politischen Demokratie" bekämpft und überwindet. Ungleichheit ist nur eine der Ursachen sozialer Spannungen, "Die Hauptursachen des Wankens der kapitalistischen Gesellschaft sind Erwerbslosigkeit und die Furcht davor, Ressentiment gegen vermeidbare Armut, Zerstörung der Persönlichkeit des Arbeiters... und Krieg". Für Bevan ist demokratischer Sozialismus nicht ein Mittelweg zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern "die Überzeugung, dass freie Menschen freie Einrichtungen zur Lösung sozialer und wirtschaftlicher Fragen benutzen können - falls ihnen die Gelegenheit dazu vergönnt ist". Dieses Bekenntnis zum parlamentarischen Verfahren und die Ablehnung von Gewaltmethoden kommunistischer oder faschistischer Art ziehen sich durch das ganze Buch. Die Gefahr übersteigerte Rüstung

Am wichtigsten für die Gegenwartspolitik ist das 8. Kapitel, das sich mit dem Kern seiner Auseinandersetzung mit der Parteiführung befasst: der Verteidigung des Westens gegen den Kommunismus, und der Zweckmäßigkeit des Rüstungsprogramms in diesem Zusammenhange.

Nach Bevans These sind die Waffen, mit denen der russische Kommunismus die freien Nationen angreift, in erster Linie wirtschaftlich, sozial und ideologisch, und erst in zweiter Linie militärisch. Dadurch, dass der Westen seine ganze Kraft dazu anspannt, sich nur militärisch wehrhaft zu machen, entblößt er sich an den anderen Fronten und spielt damit Moskau geradezu in die Hände. Er glaubt nicht, dass Russland den Westen mit militärischem Krieg zu überziehen beabsichtigt, denn sonst hätte es das bereits getan, als er schwach war und es überall laut verkündete. Trotz der Vorteile seiner Diktatur zu Beginn eines Krieges wäre ein "Blitzkrieg" Russlands mit einer Stahlerzeugung von nur 30 Mio t je Jahr Selbstmord gegenüber dem Westen, der schon heute 128 Mio t produziert und jederzeit die Erzeugung auf 180 Mio steigern könnte. Andererseits aber:

"In der heutigen Weltwirtschaftslage ist eine Überschätzung der sowjetischen Militärmacht ebenso gefährlich, wie ihre Unterschätzung... Russlands Friedenspropaganda ist eine zynische Finte, wie Nyschinskis Verhalten in der UNO-Versammlung in Paris allen denen dartut, die nicht vom Fanatismus geblendet sind. Ich glaube, dass seine finstere Heiterkeit auf Russlands Überzeugung beruhte, dass es ihm gelungen sei, die Welt in ein Waffenwettrennen hineinzuschrecken, das die wirtschaftlichen Spannungen vertiefen muss".

An Stelle der Furcht - Furcht vor Arbeitslosigkeit, Furcht vor Hunger, Furcht vor Angriff und Krieg - muss die konstruktive Anstrengung treten, die nur der demokratische Sozialismus der Welt geben kann, da alle Furcht letzten Endes von dem ungehemmten Walten des "Laissez-faire"-Kapitalismus herrührt, der nur seine eigene ständige Vernehrung kennt und als Selbstzweck ansieht und daher keiner konstruktiven Handlung fähig ist.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass Aneurin Bevan mit seinem klaren, logischen Kopf und seinen heißen, keltischen Herzen tatsächlich der Arbeiterbewegung nicht nur Grossbritannien, sondern ganz Europa viel zu geben hat. Man muss die Hoffnung hegen, dass sein Gegensatz zur Parteileitung soweit beigelegt werden kann, dass er an der nächsten Labour-Regierung in leitender Stellung wird teilnehmen können.

Schafft Hilfe für die Jugend

Zur kommunalpolitischen Tagung der SPD

Am 19. und 20. April 1952 findet in der Paulskirche in Frankfurt-Main die 3. Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD statt. Auf dieser Tagung wird das Thema der Jugendnot unserer Zeit anhand eingehender Untersuchungen von dem Kieler Oberbürgermeister, Andreas Gayk, in einem Referat: "Das Recht der Jugend und die Aufgaben der Gemeinden" behandelt werden. Die Ausführungen, die zugleich die bekannte Forderung der SPD nach einem umfassenden Sozialplan streifen, gipfeln in nachfolgender Aufgabenstellung für die Gemeinden:

Zerrüttete Gesundheit, Heimatlosigkeit und Berufslosigkeit - das sind die Grundübel, an denen die Jugend der Gegenwart leidet. Wollen wir diese Übel nicht nur lindern, sondern beseitigen, dann müssen alle Massnahmen zur Beseitigung der Jugendnot, auch die Massnahmen der Gemeinden, eingegliedert werden in ein umfassendes Sozialprogramm, das zugleich die Ursachen dieser Jugendnot aufhebt.

Zwei Beispiele für viele: Um die Heimatlosigkeit der Jugend ernsthaft zu bekämpfen, ist es notwendig, die Familie funktionsfähig zu erhalten oder wieder funktionsfähig zu machen. Es muss u.a. eine Stabilisierung ihrer materiellen Grundlagen erfolgen. Dieses Ziel aber wird nur über eine stabile wirtschaftliche und soziale Ordnung erreicht werden können, die jedem Erwerbstätigen wirtschaftliche Sicherheit, d.h. Vollbeschäftigung sichert. Mit anderen Worten: Die Krisenanfälligkeit der spätkapitalistischen Ordnung muss überwunden werden. Dasselbe gilt für die Beseitigung der Berufslosigkeit. Ohne einen Plan, der an die Grundlagen unserer heutigen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung rührt, ist auch hier auf die Dauer nicht auszukommen.

Es kann nicht Aufgabe der Kommunalpolitiker sein, einen Sozialplan zu entwickeln, der, wie der Beveridge-Plan in England oder wie das grosse schwedische Sozialprogramm, alle Massnahmen zur Beseitigung der Jugendnot zu einem umfassenden und geschlossenen System zusammenfasst. Dazu bedarf es der Mitarbeit aller Wirtschafts- und Sozialpolitiker. Dass ein solches Sozialprogramm aber geschaffen werden müsste, diese Tatsache kann von den Kommunalpolitikern nicht deutlich genug unterstrichen werden. Es ist unentbehrlich: als Aktionsprogramm für die Arbeit in allen Parlamenten, als Arbeitsprogramm

für den Tag, an dem die Partei einen Teil der Verantwortung im Bundestag wird übernehmen müssen.

Die Einsicht, dass ein sinnvoller Jugendplan Teil eines umfassenden Sozialprogramms sein müsste, und die Feststellung, dass es ein solches Sozialprogramm erst in der Idee, in groben Umrissen gibt und daß es noch gründlicher Arbeit bedarf, ehe es einem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann, entbindet die Gemeinden nicht vor der Verpflichtung, ihren Teil zur Lösung des Gesamtproblems beizutragen. Die erste und wichtigste Aufgabe, die ihnen und allen denen gestellt ist, die an der Lösung der Einzelprobleme beteiligt sind, wäre die Aufstellung eines Jugendplanes, der diesen Namen wirklich verdient.

Es genügt heute nicht, die Bemühungen der Gemeinden, der Länder und des Bundes auf dem Gebiete der antiken und freien Jugendpflege zu verstärken. Es genügt nicht, zur Überwindung der Berufsnot Jugendwohnheime in allen Ländern zu bauen. Um der Jugendnot der Gegenwart Herr zu werden, bedarf es grösserer Anstrengungen. Sie sollen in einem besonderen Aktionsprogramm zusammengefasst werden und gruppieren sich um folgende Arbeitsgebiete:

1. Wiederherstellung der Gesundheit bei Müttern, Kindern und Jugendlichen;
2. Massnahmen zur Erhaltung und Förderung funktionsfähiger Familien;
3. Beseitigung der Wohnungsnot durch Steigerung des sozialen Wohnungsbaus;
4. Überwindung der Schulnot und der Erziehungskatastrophe unserer Kinder durch ein umfassendes Schulneubau- und Jugendfürsorge-Programm;
5. Beschaffung von Arbeitsplätzen für unsere berufslose Jugend.

Im Brennpunkt aller Bemühungen der Gemeinden, der Länder und der Bundesrepublik aber sollte die Hilfe für die betrogenen Jahrgänge der jungen Generation stehen:

1. die Hilfe für die schulpflichtige Jugend,
2. die Hilfe für die 18- bis 30jährigen!

Diese Aufgaben übersteigen weit die Kräfte der Gemeinden. Um sie zu lösen, bedarf es der Zusammenfassung aller Kräfte, die an der Beseitigung der Jugendnot mitarbeiten können und wollen, bedarf es der Konzentration aller Mittel und Kräfte auf die vorranglichsten Aufgaben.

Wenn Leben und Gesundheit unserer Jugend in Gefahr sind, haben Kompetenzstreitigkeiten zurückzutreten. Die Situation erfordert, dass die Initiative beim Bund liegt. Aber der Bund sollte nicht vergessen, dass die Gemeinden auf zahlreichen Gebieten wertvolle Vorarbeit geleistet haben.

Ein "christlicher" Wahlblock ?

-aa. Die unheilige Vermischung von Kirche und Politik treibt immer neue Blüten. Die letzte ist der Vorschlag eines dem Zentrum angehörigen Kaplans, die römisch-katholische Fuldaer Bischofs-Konferenz möge in einer Erklärung "die von ihr als christlich-orientiert anerkannten Parteien namhaftlich kennzeichnen und das Wahlrecht für eine dieser Parteien zur Pflicht für die Gläubigen machen". Verschiedene Kreisvorstände der CDU haben sich schon im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindevahlen in Niedersachsen und Hessen für ein enges Zusammengehen mit dem Zentrum bereit erklärt. In Zukunft soll kein Mandat und kein Wahlkreis mit "christlicher Mehrheit" durch Zersplitterung verlorengehen.

Was heisst das "christliche Mehrheit"? Es gibt in der Bundesrepublik 48 Millionen Einwohner. Die schwache Mehrheit zählt sich zu den Protestanten, die anderen gehören der katholischen Kirche an. Die christliche Mehrheit war nie in Gefahr, sie umfasst nahezu alle Deutschen - was aber in Gefahr ist, ist die Monopolstellung, die bestimmte "christliche" Parteien aufgrund ihrer Firmierung abgeben.

Es hat in den Wahlkämpfen der letzten Zeit ungezählte offene Einmischungen der katholischen Kirche gegeben - die Kanzel wurde zur Wahltribüne und der Pfarrer zum Propagandaredner. Es wäre für die deutsche innenpolitische Entwicklung verhängnisvoll, wenn die kermende Fuldaer Bischofskonferenz die Funktion eines politischen Zensors übernehmen und ihre Macht über die Seelen zugunsten bestimmter politischer Parteien ausnutzen würde. Den grössten Schaden aber hätte die katholische Kirche selbst. Ihr sagt man grosse geschichtliche Erfahrung nach. Überall, wo sich die Kirche mit Parteien, Regierungsformen und gesellschaftlichen Systemen verbündete und zu rein politischen Fragen Stellung bezog, verwirrte sie die Gläubigen und brachte sie in Gewissenskonflikte. Was hat der Gottesglaube etwa mit der Faber'schen Wirtschaftspolitik zu tun, die die Reichen reicher und die Lohnärmer macht? Ist der Kampf um einen gerechten Lastenausgleich, den die deutsche Opposition führt, um die Mitbestimmung in den Betrieben, um die Vollbeschäftigung und um die soziale Besserstellung der arbeitenden Menschen überhaupt ein unchristliches Beginnen?

Ein Blick über die Grenzen sollte die politisierenden Deutschen Katholiken von einer Wege abweisen lassen, an dessen Ende Neid und Feindschaft gegen die Kirche stehen. Der kommunistische Einfluss in Italien und Frankreich ist auch auf den überragenden Einfluss des politisierenden Katholizismus zurückzuführen, den er in diesen Ländern zugunsten der herrschenden Schichten ausübt. In England und Skandinavien dagegen haben sich die Kirchen aus den politischen Auseinandersetzungen herausgehalten; es fällt der anglikanischen Staatskirche nicht ein, ihre Gläubigen gegen die Labour Party aufzurufen, weil diese in ihrem Programm die Verstaatlichung der Grundindustrien hat. Es gibt keinen Gegensatz zwischen echt christlichen und sozialistischen Zielsetzungen. Dort, wo sie, wie es jetzt in der Bundesrepublik versucht wird, künstlich geschaffen werden, geschieht es weniger um der Religion und des Christentums willen, als vielmehr im Sinne einer Politik, die dem Besitz mehr verpflichtet ist als den grossen unvergänglichen Werten des Christentums.

Verantwortlich: Peter Raunau